

Verwaltung

Herr Wilfried Fischer
Frau Sabine Krüger
Herr Carsten Meyer
Herr Rolf Oeljeschläger
Frau Heidi Schüll

entschuldigt fehlen:

die weiteren Mitglieder des Rates

Frau Annegret Bohlen SPD
Herr Jürgen Köster UWG
Herr Klaus Wolf CDU

beratendes Mitglied des Jugendgemeinderates (bei öffentlichen Sitzungen)

Schüler Florian Steiner

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|----|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | 3 |
| 2. | Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 15.12.2009 (Protokoll Nr. 153) | 3 |
| 3. | Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat | 3 |
| 4. | Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge | 3 |
| 4.1. | Wahl eines stellvertretenden Bürgermeisters
Vorlage: BV/2010/006 | 3 |
| 4.2. | Kenntnisnahme eines Eilbeschlusses zur Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe
- VA vom 26.01.2010 (Protokoll Nr.155), TOP 7.1 -
Vorlage: BV/2010/001 | 4 |
| 4.3. | Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe
hier: Erschließung des Bebauungsplangebietes 140 "Südlich vor dem Moor"
- VA vom 26.01.2010 (Protokoll Nr. 155), TOP 7.2 -
Vorlage: BV/2010/002 | 4 |
| 4.4. | Erste Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2010
- WuFF vom 26.01.2010 (Protokoll Nr. 154), TOP 3 -
- VA vom 26.01.2010 (Protokoll Nr. 155), TOP 7.5 -
- VA vom 09.02.2010 (Protokoll Nr. 156), TOP 2.1 -
Vorlage: BV/2010/003 und BV/2010/003/2
Vorlage: BV/2010/003/1 | 5 |
| 5. | Anfragen und Hinweise | 10 |
| 5.1. | Stand Einsatzleitstelle DRK | 10 |
| 5.2. | Schulausfälle wegen winterlicher Straßenverhältnisse | 10 |
| 5.3. | Beteiligung Jugendgemeinderat | 10 |
| 5.4. | Ofener Fahrradbörse | 10 |
| 6. | Einwohnerfragestunde (18:00 Uhr) | 11 |

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Mickelat eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn der Niederschrift aufgeführt ist.

2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 15.12.2009 (Protokoll Nr. 153)

Irrtümlich ist dem Ratsprotokoll vom 15.12.2009 als Anlage 5 eine falsche Haushaltssatzung beigelegt worden. Die nach der Beschlussfassung des Rates am 15.12.2009 maßgebliche Satzung liegt der Urschrift des Ratsprotokolls an. Es wird auch auf den Hinweis in der VA-Sitzung vom 26.01.2010 (Protokoll Nr. 155), 3.1 d. N., verwiesen.

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 15.12.2009 (Protokoll Nr. 153) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 -

3 Verwaltungsbericht einschließlich Anregungen und Beschwerden an den Rat

Es liegen keine Berichtspunkte vor.

4 Beratung und Beschlussfassung über die Beschlussvorschläge

4.1 Wahl eines stellvertretenden Bürgermeisters Vorlage: BV/2010/006

RM Finke schlägt für die CDU-Fraktion Beigeordneten Peters für die Wahl des stellvertretenden Bürgermeisters vor.

RM Dr. Kolbow spricht sich für ein geheimes Wahlverfahren aus. Eine Wahl durch Zuruf (wie Abstimmung) wird deshalb nicht durchgeführt. Es werden Stimmzettel an die Ratsmitglieder verteilt. Im ersten Wahlgang ist die absolute Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder erforderlich (19 Stimmen).

Ergebnis 1. Wahlgang	Ja	15 Stimmen
	Nein	16 Stimmen
	Enthaltungen	3 Stimmen

Die erforderliche Mehrheit von 19 Stimmen ist im ersten Wahlgang nicht erreicht worden. Es findet ein zweiter Wahlgang statt.

Auf Antrag des RM Frau Bruns wird die Sitzung für fraktionsinterne Beratungen kurz unterbrochen.

Nachdem die Sitzung wieder eröffnet wurde, schlägt RM Finke für den 2. Wahlgang erneut Beigeordneten Peters vor.

RM G. Köster schlägt für die Fraktion GRÜNE Beigeordnete Frau Müller für die Wahl der stellv. Bürgermeisterin vor.

Ergebnis 2. Wahlgang	A = Frau Müller	9 Stimmen
	B = Herr Peters	23 Stimmen
	Ungültig	2 Stimmen

Beigeordneter Peters ist damit zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt worden. Der Gewählte nimmt die Wahl an.

BM Dr. Schilling gratuliert Herrn Peters und bedankt sich beim bisherigen stellvertretenden Bürgermeister, Herrn Finke, für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

- 10 -

4.2 Kenntnisnahme eines Eilbeschlusses zur Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe
- VA vom 26.01.2010 (Protokoll Nr.155), TOP 7.1 -
Vorlage: BV/2010/001

Kenntnisnahme:

Der Rat der Gemeinde nimmt folgenden Eilbeschluss zur Kenntnis:

Die außerplanmäßige Ausgabe für die Anschaffung eines CAD-Systems für das Gebäudemanagement in Höhe von 3.500 € wird genehmigt. Als Deckung stehen Minderausgaben bei der Haushaltsposition 21.5.10.01/3047.787100 „Sanierung Realschule“ zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 20 -

4.3 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe
hier: Erschließung des Bebauungsplangebietes 140 "Südlich vor dem Moor"
- VA vom 26.01.2010 (Protokoll Nr. 155), TOP 7.2 -
Vorlage: BV/2010/002

RM Sindermann verweist auf die Haushaltsberatungen im Rat 15.12.2009. Es sei beschlossen worden, Einsparungen für die Entschuldung zu nutzen. Er bittet um Detailinformationen zur außerplanmäßigen Ausgabe.

FBL Meyer erklärt, es seien insgesamt keine zusätzlichen Kosten entstanden. Bei den Beratungen des Nachtragshaushalts in 2009 seien Mittel in Höhe von 80.000 € zum Haushaltsausgleich zurückgegeben worden. Danach wurden erst die Rechnungen für die zusätzlichen Kosten der Baufeldräumung in Höhe von 65.000 € von den Firmen eingereicht. Man bewege sich somit immer noch 15.000 € unterhalb des ursprünglich kalkulierten Kostenrahmens für die Erschließung des Bbauungsplangebietes Nr. 140.

RM Frau Bruns unterstreicht die Ausführungen. Es handele sich um eine haushaltstechnische Umsetzung. Die Maßnahme an sich sei planmäßig im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel durchgeführt worden.

Beschluss:

Die außerplanmäßige Auszahlung bei der Haushaltsposition 54.1.10.06/3031.787200 „Erschließung des Bbauungsplangebietes Nr. 140 „Südlich Vor dem Moor“ in Höhe von 65.000 € wird genehmigt. Die außerplanmäßige Auszahlung wird wie folgt gedeckt:

Mehreinnahme bei der Haushaltsposition 36.5.10.09/2015.681100 i. H. v. 25.000 €.
Minderausgabe bei der Haushaltsposition 28.1.10.02/3075.681100 i. H. v. 10.000.€.
Minderausgabe bei der Haushaltsposition 51.1.10.02/3016.787200 i. H. v. 30.000 €.
(Gleichzeitig Verringerung der Einnahme um 12.500 €)
Minderausgabe bei der Haushaltsposition 54.1.10.06/3046.787200 i. H. v. 12.500 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	-
Stimmenthaltungen:	2

- 20, 23/80, 61 -

4.4 Erste Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2010 **- WuFF vom 26.01.2010 (Protokoll Nr. 154), TOP 3 -** **- VA vom 26.01.2010 (Protokoll Nr. 155), TOP 7.5 -** **- VA vom 09.02.2010 (Protokoll Nr. 156), TOP 2.1 -** **Vorlage: BV/2010/003 und BV/2010/003/2** **Vorlage: BV/2010/003/1**

FBL Oeljeschläger verweist auf die verteilten Informationen.

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr (WuFF) vom 26.01.2010 sei von den Ausschussmitgliedern bereits grundsätzlich eine Zustimmung zur notwendigen Steuererhöhung signalisiert worden. Für das zur Genehmigung der I. Nachtragshaushaltssatzung durch die Kommunalaufsicht des Landkreises notwendige Haushaltssicherungskonzept in Eckpunkten seien noch fraktionsinterne Beratungen notwendig gewesen.

Der Verwaltungsausschuss hat sich deshalb vor dieser Ratssitzung unter Teilnahme der Mitglieder des WuFF erneut mit dem Thema befasst und folgenden Beschlussvorschlag erarbeitet:

Der I. Nachtragshaushalt inklusive der I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2010 wird in der beratenen Form beschlossen. Die Erhöhung der Hebesätze gilt für 2010. Die Finanzplanung bleibt unverändert.

Ferner wird ein Haushaltssicherungskonzept nach § 82 NGO aufgestellt, in dem u. a. die in der Beschlussvorlage BV/2010/003/2 genannten Punkte oder entsprechende Alternativen aufgenommen werden. Dabei sind die Inhalte des Haushaltssicherungskonzeptes noch insgesamt beschlussmäßig zu beraten.

FBL Oeljeschläger geht dann auf die Entwicklung der Haushaltssituation ein. Der Haushalt wurde am 15.12.2009 durch den Rat verabschiedet mit der Überschrift, dass sich die Gemeinde in der Haushaltssicherung befinde. Die Hebesätze seien moderat um 10 Prozentpunkte angehoben worden, der Haushalt schloss trotzdem mit einem Defizit von 1,6 Mio. Euro ab, das aber durch Überschüsse aus 2009 hätte ausgeglichen werden können.

Durch den Einnahmeeinbruch bei den Gewerbesteuern von rd. 2,75 Mio. Euro sei jetzt der Erlass eines I. Nachtragshaushaltes erforderlich, denn das Haushaltsdefizit erhöhe sich auf 4,8 Mio. Euro. Die Steuererhöhung um 20 Prozentpunkte verringere das Defizit auf 4,1 Mio. Euro. Der Einbruch bei der Gewerbesteuer sei nicht konjunkturell bedingt. Es habe schon immer große Schwankungen bei der Gewerbesteuer gegeben. Ein Teil ergebe sich auch durch die Unternehmenssteuerreform.

Das Defizit in 2010 sei trotz allem als temporäre Erscheinung anzusehen, ab 2011 seien positivere Abschlüsse zu verzeichnen. Es bestehe jetzt jedoch ein formelles Erfordernis, kurzfristig ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Trotzdem müsse es gut vorbereitet werden und sollte sich über alle Möglichkeiten erstrecken. Eine Beratung in den Fachausschüssen solle im Mai erfolgen. Die Kommunalaufsicht halte es aber für erforderlich, bereits mit dem Haushaltsbeschluss Eckpunkte für ein Haushaltssicherungskonzept festzuhalten.

Abschließend sei festzustellen, dass die Gemeinde Bad Zwischenahn auch weiterhin eine steuerstarke und wirtschaftlich gut aufgestellte Gemeinde sei. Er bittet die Ratsmitglieder, dem vorgelegten Haushaltsentwurf mit den Eckpunkten zur Haushaltssicherung, wie in der Beschlussempfehlung formuliert, zuzustimmen.

Stellungnahme der CDU-Fraktion

RM Finke führt aus, ein Nachtragshaushaltsplan sei im Laufe eines Haushaltsjahres eigentlich ein Update von Zahlen und Ergebnissen. Die Haushaltsentwicklung in 2009 sei sehr erfreulich gewesen, die Einnahmeentwicklung in 2010 insbesondere bedingt durch konjunkturelle Einschnitte im Finanzausgleich des Bundes und der Länder dramatisch. Aus diesem Grund habe der Rat am 15.12.2009 eine moderate Steuererhöhung um 10 Prozentpunkte beschlossen und gleichzeitig den Einnahmeansatz für Gewerbesteuern erhöht - zu diesem Zeitpunkt die richtige Entscheidung, stellt RM Finke fest. Mitte Januar 2010 zeigten sich dann die Auswirkungen der Steuerreform des Bundes in 2008, ein deutlicher Einnahmeeinbruch sei festzustellen. Die Verwaltung habe die Gremien und die Kommunalaufsicht informiert. Eine erste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr habe am 26.01.2010 stattgefunden. Es sei gemeinsames Bestreben aller Fraktionen, das „Leck geschlagene Gemeindeschiff wieder flott zu bekommen“. Man sei sich deshalb einig über die lineare Steuererhöhung um 20 Prozentpunkte für das Haushaltsjahr 2010. Diese Maßnahme führe zu Mehreinnahmen von rd. 600.000 Euro. Andererseits sei auch die Ausgabenseite für 2010 zu betrachten und Einsparungsvorschläge zu unterbreiten. Die zusammen mit der Kommunalaufsicht des Landkreises erarbeiteten Eckpunkte des Haushaltssicherungskonzeptes seien noch zu beraten und ggf. Alternativvorschläge zu unterbreiten. Eine Reihe von Ideen sei bereits zusammengetragen worden und demnächst in den Gremien zu beraten.

Stellungnahme der SPD-Fraktion

RM Dierks unterstreicht das Bemühen aller Beteiligten, die dramatische Haushaltssituation 2010 zu verbessern. Die Finanzsituation in den nächsten Jahren sehe besser aus. Fakt sei, dass für die Genehmigung des Haushalts 2010 durch die Kommunalaufsicht des Landkreises ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen werden müsse. Auch die fünf vorgeschlagenen Eckpunkte-Maßnahmen zur Einsparung seien im weiteren Verfahren inhaltlich zu beraten. Teilweise könnten die Vorschläge, die auch bezüglich der Entwicklung in der Jugendpflege und bei der Bibliothek in der Öffentlichkeit zu großer Unruhe geführt haben, nicht von der SPD-Fraktion mitgetragen werden. Alternativen seien zu erarbeiten. Die nachfolgenden Vorschläge sollen von der Verwaltung geprüft und in der weiteren Gremienberatung vorgelegt werden:

- Verkauf des Objektes Vor dem Moor,
- Platzwartfunktion beim Stadion auf Erforderlichkeit überprüfen, Gebäude anderweitig verwenden,
- keine freiwilligen Leistungen an Schützenvereine, Vereine sollten nach dem Vorbild des Tennisvereins Grün-Weiß ihre Investitionen selbst tätigen,
- die Sportplätze durch Nutzer instand halten,
- spätere Anschaffung eines Dokumentenmanagementsystems für die Verwaltung (DMS),
- keine Zuschusserhöhung für den Park der Gärten,
- Verkauf des Hauses Brandstätter.

Weitere Vorschläge könnten auch aus der Öffentlichkeit kommen. Die Vorschläge seien bis Mai an die Verwaltung oder die Fraktionen zu richten, erklärt RM Dierks abschließend.

Stellungnahme der FDP-Fraktion

RM Dr. Kolbow stellt fest, die FDP-Fraktion werde ihre bisher ablehnende Haltung zu Steuererhöhungen angesichts der kritischen Haushaltslage in 2010 aufgeben und den zeitlich befristeten Steuererhöhungen zustimmen. Die Finanzplanung der nächsten Jahre sei nicht zu verändern. Die FDP-Fraktion habe bei den Beratungen im Rat 15.12.2009 angeregt, den Haushaltsbeschluss bis 2010 zurückzustellen, um genauere Informationen zur Haushaltsentwicklung zu haben. Dies sei von der Ratsmehrheit abgelehnt worden. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und die Auswirkungen der Steuerreform in 2008 würden jetzt auch auf die Gemeinde durchgreifen. Man könne sich jetzt nicht der Verantwortung entziehen und werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Sparmaßnahmen seien notwendig, erste Pflöcke eingeschlagen worden. Ein erster Schritt, der sofort greife, könne ein Ratsbeschluss für einen Einstellungs- und Wiederbesetzungsstopp für das Personal der Gemeindeverwaltung sein. Dieser Vorschlag sollte kurzfristig vorbereitet und evtl. schon in der Ratssitzung im März zur Beschlussfassung vorgelegt werden, regt RM Dr. Kolbow an.

Stellungnahme der Fraktion DIE GRÜNEN

RM G. Köster nimmt für die Fraktion GRÜNE Stellung. Die angespannte Haushaltssituation werde nachdenklich zur Kenntnis genommen. Die Ausweisung neuer Baugebiete und Gewerbegebiete habe nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Die im Rahmen der Haushaltssicherung geforderten Einsparungen im Bereich der Jugendpflege und der Bibliothek, beides Einrichtungen für den Bildungssektor, fänden nicht die Zustimmung der Fraktion. Eine Veräußerung von Sportplätzen in Rostrup sei nicht angemessen. Es müssten auch andere Kriterien berücksichtigt werden, nicht nur die finanziellen Belange. Die Fraktion

schlage vor, ein Anreizmodell für die Energieeinsparung bei den Schulen zu schaffen sowie die energetische Sanierung intensiv im Schulzentrum als größtem Verbraucher konsequent weiterzuführen, erklärt RM G. Köster. Er stellt den **Antrag**, über das Haushaltssicherungskonzept gesondert abzustimmen.

BM Dr. Schilling sieht nicht die Möglichkeit einer inhaltlichen Trennung des Beschlussvorschlages. Ohne Beschluss des Rates zu den Eckpunkten eines Haushaltssicherungskonzeptes sei der I. Nachtrag 2010 nicht genehmigungsfähig. Er stellt den **Antrag**, keine getrennte Abstimmung vorzunehmen.

Stellungnahme der Fraktion UWG

RM Oetjen richtet seine Wortmeldung zunächst an die vielen Zuhörer und weist darauf hin, dass die Vorarbeit des Rates in den Fachausschüssen erledigt werde. Er wünsche sich auch dort mehr Beteiligung durch die Bürgerinnen und Bürger. Im WuFF habe man die Haushaltssituation intensiv beraten. Bei der jetzigen Haushaltssituation müssten alle bereit sein, etwas zu geben, die UWG-Fraktion werde deshalb der Steuererhöhung zustimmen. Voraussichtlich werde die Situation im nächsten Jahr schon wieder besser aussehen.

Stellungnahme des RM Sindermann

Das einzig positive an der jetzt geplanten Steuererhöhung sei die zeitliche Begrenzung auf dieses Haushaltsjahr, erklärt RM Sindermann. Er könne der erneuten Erhöhung aber trotzdem nicht zustimmen. Das Hauptziel müsse eine deutliche Entschuldung der Gemeinde sein. Dieses habe er bereits als wichtigstes Ziel während des Kommunalwahlkampfes ausgegeben. Nach der Wahl sei in einer ersten Gesprächsrunde unter den Fraktionen nach Einsparungspotential gesucht worden, Ergebnisse habe es leider nicht gegeben. Die jetzt vorliegenden Vorgaben der Kommunalaufsicht seien seinerzeit auch von ihm gemacht worden, allerdings im Bereich der Jugendpflege nicht mit der Vorgabe, eine Stelle einzusparen, sondern eine Neuordnung der Jugendpflege vorzunehmen. Er fordere auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde auf, freiwillig auf Anteile der Vergütung zu verzichten. Er verweist dann auf seine schriftlich gestellten Anträge (Anlage 2) und bittet, die Vorschläge im Rahmen der Beratungen des Haushaltssicherungskonzeptes zu prüfen.

Auf die Frage des RM Sindermann zum Schuldenstand der Gemeinde erklärt FBL Oeljeschläger, dass der Schuldenstand Ende 2009 35,4 Mio. Euro betragen habe. Zum 31.12.2010 verringere sich der Schuldenstand auf 33,9 Mio. Euro. Allerdings kämen jetzt rd. 5 Mio. Euro Kassenkredite hinzu.

Allgemeine Aussprache

RM Frau Woltmann geht auf die vorangegangene Sitzung des VA und des WuFF ein. Es bestehe ein ernsthafter Willen aller Fraktionen, Einsparungen vorzunehmen und den Schuldenstand zu reduzieren. Es seien viele Vorschläge gemacht worden, die im weiteren Verfahren geprüft werden müssten. Unbestritten sei, dass Handlungsbedarf bestehe, es gehe darum, welche Strategie eingeschlagen werde. Die Gemeinde biete zu viel Infrastruktur, die unterhalten werden müsse; Einschnitte seien zu befürchten. Sie führt dann einige Beispiele aus den Einsparungsvorschlägen der CDU auf, wie z. B. Verkauf gemeindeeigener Objekte, Nutzung der Dorfgemeinschaftshäuser, Verkauf von Restflächen an Anlieger. Die Beschlussempfehlung sei so formuliert worden, dass Alternativen zu den Vorgaben der Kommunalaufsicht möglich seien.

RM Isemann unterstreicht die Auffassung, dass die Gemeinde sich von Teilen ihrer Infrastruktur trennen müsse. Die in der Presse veröffentlichten Einsparungen würden nicht aus-

reichen. Er ruft auch die Bürgerinnen und Bürger auf, die Ausschuss-Sitzungen zu besuchen, damit man auch über die vorbereitenden Detailberatungen informiert sei.

BM Dr. Schilling erklärt, die Haushaltssituation der Gemeinde habe sich durch die wegfallenden Einnahmen drastisch verschlechtert. Um die dauernde Liquidität zu sichern, seien Kassenkredite von rd. 5 Mio. Euro in den nächsten Monaten notwendig. Der Nds. Städte- und Gemeindebund habe in Umfragen ermittelt, dass bei den Kommunen rd. 12 Milliarden Euro an Kassenkrediten anfallen werden. Ursächlich hierfür sei die allgemeine Finanzkrise und die Steuerreform 2008, die jetzt durchschlage. In 2009 habe die Gemeinde sehr viel Gewerbesteuer einnehmen können. Wie es im nächsten Jahr aussehe, wisse man noch nicht. Die Auswirkungen des jetzt vom Bund beschlossenen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes seien nicht abzusehen. Ein Beschluss des Rates zu den Eckpunkten der Haushaltssicherung sei Voraussetzung für eine Genehmigungsfähigkeit des Haushalts. Alle Detailvorschläge seien noch zu beraten und ggf. Alternativen vorzusehen. Andere Kommunen hätten schon bittere Entscheidungen treffen müssen, Bäder seien teilweise geschlossen worden. Die Gemeinde werde aus Einsparungsgründen niemanden entlassen, frei werdende Stellen aber evtl. nicht wieder besetzen. Er hoffe, dass es gelinge, die Strukturen trotzdem zu erhalten, vielleicht könne das Angebot durch ehrenamtliche Kräfte aufrecht gehalten werden. Ziel müsse sein, auch weiterhin die gemeindlichen Aufgaben wahrnehmen zu können.

RM Bühring erinnert daran, dass die Gemeinde auch Mehrausgaben durch die erhöhte Kreisumlage zu leisten habe. Bei den Einsparungsvorschlägen dürfe nicht vergessen werden, dass bereits sehr viel ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen geleistet werde. Dieses dürfe nicht gefährdet werden. Es sei zwar noch keine Einzelentscheidung zu den Sparvorschlägen getroffen worden, eine pauschale Kürzung der freiwilligen Ausgaben um 25 % jedoch schwierig umzusetzen. Bei der Sportförderung z. B. bestünden vertragliche Vereinbarungen.

Dem **Antrag** des Bürgermeisters, keine getrennte Abstimmung zum Haushaltssicherungskonzept vorzusehen, wird mit 29 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen zugestimmt.

Beschluss:

Der I. Nachtragshaushalt inklusive der I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2010 wird in der beratenen Form beschlossen. Die Erhöhung der Hebesätze gilt für 2010. Die Finanzplanung bleibt unverändert.

Ferner wird ein Haushaltssicherungskonzept nach § 82 NGO aufgestellt, in dem u. a. die in der Beschlussvorlage BV/2010/003/2 genannten Punkte oder entsprechende Alternativen aufgenommen werden. Dabei sind die Inhalte des Haushaltssicherungskonzeptes noch insgesamt beschlussmäßig zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	5
Stimmenthaltungen:	-

5 Anfragen und Hinweise

5.1 Stand Einsatzleitstelle DRK

Auf die Frage des RM Behrens antwortet FBL Fischer, dass eine Standort-Entscheidung noch nicht getroffen sei. Es werden Gespräche mit dem Rettungsdienst geführt.

- II, 23/80, 32 -

5.2 Schulausfälle wegen winterlicher Straßenverhältnisse

Auf die Frage des RM G. Köster nach den Gründen für die Schulausfälle verweist FBL Fischer auf die Zuständigkeit des Landkreises. Von dort werde nach Rücksprache mit den Polizeistationen und dem Wetterdienst kurzfristig Entscheidungen getroffen.

Zum Bestand des Streusalzes erklärt FBL Meyer, dass noch geringe Restbestände vorhanden seien. Zurzeit werde - soweit auf dem Markt vorhanden - auch Kainit gestreut, der als Dünger ebenfalls eine auftauende Wirkung entfaltet und im Übrigen Sand. Gestreut würden vorrangig Gefahrenbereiche, wie z. B. Kreuzungen und Bereiche um die Schulen.

In diesem Zusammenhang wird vom RM Schlieker die Frage gestellt, ob Schulbusse mit Winter- oder Sommerreifen fahren.

RM Pfeiffer erklärt, die Räder an der Antriebsachse müssten ein wintertaugliches Profil haben. Ein Bus müsse nicht komplett mit diesen Reifen ausgestattet sein. Zu den Schulausfällen weist RM Pfeiffer darauf hin, dass die Busse auch Nebenstraßen nutzen, um Schüler von dort abzuholen. Die Nebenstraßen seien an manchen Tagen nicht befahrbar gewesen, die Schulausfälle deshalb auch sinnvoll.

- 40 -

5.3 Beteiligung Jugendgemeinderat

RM Falk hält es für wichtig, dass der Jugendgemeinderat bei der Diskussion des Haushaltssicherungskonzeptes beteiligt werde.

- 40 -

5.4 Ofener Fahrradbörse

RM Isemann gibt zur Kenntnis, dass am Sonntag, 07.03.2010, in Ofen die Fahrradbörse stattfindet.

- 32 -

6 Einwohnerfragestunde (18:00 Uhr)

Ein Einwohner kritisiert die vom Rat beschlossene Steuererhöhung.

Gegen die Streichung einer Stelle bei der „bibliothek am meer“ spricht sich eine andere Einwohnerin aus und überreicht dem Bürgermeister eine entsprechende Unterschriftensammlung. Eine andere ZuhörerIn ergänzt die Ausführungen. Für die Entwicklung der Kinder sei das Angebot notwendig, die Erweiterung um mehrsprachige Bücher wünschenswert. Eine weitere Unterschriftensammlung wird überreicht wegen der zur Diskussion stehenden Stelleneinsparung im Bereich der Jugendpflege.

Es bedankt sich ein Zuhörer dafür, dass die Protokolle jetzt vollständig im Internet einsehbar sind.

Ein weiterer Zuhörer erkundigt sich nach der Verfahrensweise der Gemeinde, wenn Anlieger ihrer Streupflicht nicht nachkommen. BM Dr. Schilling erklärt, man sehe bisher von Bußgeldbescheiden ab und appelliere an das Verantwortungsbewusstsein der Anlieger.

Ein Einwohner stellt Fragen zur Sanierung der Kanalschächte in der Straße Am Busch und zu den Kosten der Baufeldräumung Vor dem Moor. BM Dr. Schilling erklärt, die Sanierung sei notwendig gewesen, weil die Abdeckungen zerstört waren. Wegen der andauernden Geruchsbelästigungen sei geplant, eine neue Kanalleitung zu verlegen.

Zur Baufeldräumung im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 140 - Vor dem Moor - erläutert FBL Meyer den Sachverhalt.

- 32, 40, 66, 81 -

RV Mickelat schließt die Sitzung.

Mickelat
Ratsvorsitzender

Dr. Schilling
Bürgermeister

Schüll
Protokollführerin